

Fragenkataloge zur Berücksichtigung psychischer, sozialer und politischer Prozesse bei Naturschutzvorhaben

Stefan HEILAND

1. Einleitung – Naturschutz als gesellschaftspolitische Aufgabe

Ist der Naturschutz erfolglos? Manche (Selbst-)Einschätzungen der Arbeit des Naturschutzes lassen das vermuten (z.B. Rat von Sachverständigen für Umweltfragen 1987, 1994), haben aber zugleich z.T. heftigen Widerspruch ausgelöst (z.B. GEISLER 1995). Diese unterschiedlichen Auffassungen haben ihre Ursache nicht zuletzt darin, dass für eine generelle Beurteilung von Erfolg bzw. Misserfolg des Naturschutzes eindeutige Kriterien fehlen und entsprechende Einschätzungen häufig auf ganz unterschiedlichen Fakten gründen - von Bewusstseinsänderungen über die Schaffung von Behörden oder die Novellierung von Gesetzen bis hin zu den Ergebnissen „in der Landschaft“. Dennoch besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass zweifelsohne erzielte Erfolge des Naturschutzes in Einzelfällen hinter dem notwendigen – oder zumindest dem wünschenswerten – Maß zurückbleiben (vgl. Beirat für Naturschutz und Landschaftspflege beim BMU 1995, Naturschutzbund Deutschland 1995, Rat von Sachverständigen für Umweltfragen 1994, 1996).

Was sind die Gründe hierfür? Eine wesentliche Ursache dürfte in der bisher weitgehend stiefmütterlichen Behandlung psychischer, sozialer und politischer Aspekte in der Naturschutzpraxis liegen (HEILAND 1999, 2000) – Aspekte, die in der Ausbildung der im Naturschutz tätigen Biologen, Landschaftsplaner oder Geographen in der Regel ebenso vernachlässigt werden wie in der Zusammensetzung des Personals in Naturschutzbehörden und -verbänden. Zwar baut Naturschutz auf naturwissenschaftlichen, rechtlichen und ethischen Grundlagen auf, ist aber in erster Linie eine soziale, politische und kommunikative Aufgabe: Schließlich geht es bei den meisten Tätigkeiten ehren- und hauptamtlicher Akteure des Naturschutzes weniger darum, selbst umwelt- bzw. „naturschutzgerecht“ zu handeln, sondern vielmehr darum, andere Akteure – Grundeigentümer, „Eingriffsverwaltungen“, Kommunen usw. – zu einem Handeln im Sinne des Naturschutzes zu bewegen¹. Der Erfolg des Naturschutzes entscheidet sich daher in erster Linie in der Auseinandersetzung mit Menschen innerhalb gesellschaftlicher Systeme.

Vor diesem Hintergrund halten es etwa OPPERMANN et al. (1997, S. 40) angesichts des großen

Aufwands bei der Erstellung von Landschaftsplänen für erstaunlich, dass „bisher keine Instrumente zur systematischen Untersuchung günstiger oder ungünstiger Umsetzungsbedingungen entwickelt wurden“. Dieses Defizit ist nicht nur in der Landschaftsplanung zu beobachten, sondern in allen Handlungsfeldern des Naturschutzes.

2. Fragenkataloge zur Entwicklung von Naturschutzstrategien – die Grundlagen

Hier könnten Checklisten in Form von Fragenkatalogen hilfreich sein, die auf psychische, soziale und politische Einflussgrößen hinweisen, von denen die Verwirklichung von Naturschutz-Zielen häufig abhängt. Solche Fragenkataloge sollten auf verhaltens- und sozialwissenschaftlichen Befunden basieren und sich mit Individuen ebenso auseinandersetzen wie mit kollektiven Akteuren (Organisationen, Verbänden, Parteien, Behörden, Unternehmen etc.) und nicht zuletzt mit Mechanismen und Gesetzmäßigkeiten gesellschaftlicher Funktionssysteme, wie etwa der Politik (aber auch der Wirtschaft, der Erziehung oder der Wissenschaft). Tabelle 1 gibt einen Überblick über Inhalte eines solchen Fragenkatalogs, der im einzelnen sehr differenzierte Fragen enthalten kann (HEILAND 1999). Aber ist es überhaupt leistbar, sich mit solch umfassenden Fragenkatalogen zu befassen und lohnt es sich? Beide Fragen sind mit Ja zu beantworten, wenn die grundlegenden Kenntnisse über die „abgefragten“ psychischen, sozialen und politischen Faktoren vorhanden und praxismäßig aufbereitet sind. Diesen Anspruch kann dieser Artikel nicht vollständig einlösen, aber er will – in Theorie und Praxis – aufzeigen, in welche Richtung entsprechende Bemühungen im Naturschutz gehen könnten und was davon zu erwarten ist.

Zum Beispiel: Individuen als Adressaten des Naturschutzes

„Gesagt bedeutet nicht gehört, gehört bedeutet nicht verstanden, verstanden bedeutet nicht einverstanden, einverstanden bedeutet nicht angewandt, angewandt bedeutet nicht beibehalten“. Dieser in der Psychologie häufig zitierte Satz (hier bei FREY 1991, S. 2) lässt sich als „Stufenfolge von Kommunikation und Handeln“ (vgl. Abb. 1) verstehen, bei der jede Stufe überwunden werden muss, ehe es von der bloßen Mitteilung einer Information zum

¹ Unter Handeln wird im Folgenden ein Verhalten verstanden, mit dem eine Person einen Sinn und das Erreichen eines Ziels verbindet, also in der Regel „bewusstes Verhalten“. Verhalten ist ein darüber hinausgehender Begriff, der alle beobachtbaren Äußerungen und Regungen eines Individuums beinhaltet – seien sie nun intendiert oder nicht (vgl. DORSCH 1994)

Tabelle 1

Fragenkatalog zu gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen des Naturschutzes

<p>1. Allgemeine Analyse der Situation Zu berücksichtigende Akteure und soziale Systeme</p> <p>2. Akteure des Naturschutzes Analyse der eigenen Handlungsvoraussetzungen</p> <p>3. Individuen als Adressaten des Naturschutzes</p> <p>3.1 Perspektivendivergenzen (unterschiedliche Wahrnehmungs- und Beurteilungsweisen des betreffenden Themas) zwischen Akteuren und Adressaten des Naturschutzes</p> <p>3.2 Determinanten individuellen Verhaltens (Lebenszusammenhang, Wahrnehmung und Denken, Interessen und Bedürfnisse, Werte, Normen, Einstellungen, soziale Faktoren, Infrastrukturelle Verhaltensbedingungen)</p> <p>3.3 Kommunikation zwischen Akteuren und Adressaten des Naturschutzes (Zielgruppenspezifität, soziale Distanzen, emotionale Beziehung, Vermittler, Schlüsselpersonen, Informationsträger, Tauschpotential in Verhandlungen)?</p> <p>4. Kollektive Akteure als Adressaten des Naturschutzes (Organisationen, Behörden, Verbände, Parteien, politische Gremien etc.)</p> <p>4.1 Akteursspezifische Handlungsdeterminanten (Interessen, Organisationsstruktur u. -grad)</p> <p>4.2 Beziehung zwischen Akteuren und Adressaten des Naturschutzes</p> <p>4.3 Interne und externe Steuerbarkeit kollektiver Akteure</p> <p>5. Bedingungen des politischen Systems (betroffene Politik- und Verwaltungsebenen, Zeitlich-prozessuale Rahmenbedingungen, Verteilung von Macht und Einfluss, Interessensabhängige Faktoren u.a.)</p> <p>6. Strategien</p> <p>6.1 Wahl der Strategie (Kooperation versus Konfrontation)</p> <p>6.2 Mobilisierung von Öffentlichkeit und Bevölkerung</p> <p>6.3 Bündnisse und Lobbyismus</p> <p>6.4 Verhinderung symbolischer und alibihafter Naturschutzpolitik</p>

erwünschten Handeln kommt – von bloßen Naturschutz-Forderungen zu ihrer Verwirklichung durch die jeweiligen Adressaten. Häufig (nicht immer!) ist die Überwindung dieser Stufen von einer Vielzahl von Voraussetzungen abhängig, die erfüllt sein müssen. Nur dann wird eine Person umweltgerecht handeln – also im Sinne dessen, was die Akteure des Naturschutzes von ihr in Hinblick auf das jeweils angestrebte Naturschutz-Ziel erwarten².

Welche Faktoren spielen nun eine Rolle, damit die verschiedenen Stufen genommen werden können? Tabelle 2 fasst die wichtigsten zusammen und zeigt, dass auf jeder Stufe zwar miteinander wechselwirkende, aber doch unterschiedliche Faktoren zur Geltung kommen – was erklärt, dass „Gehört“ noch keineswegs „Angewandt“ bedeutet. Beispielhaft soll das bisher Gesagte anhand der Stufen „Gesagt – Gehört“ und „Angewandt – Beibehalten“ näher erläutert werden – um anschließend Fragen

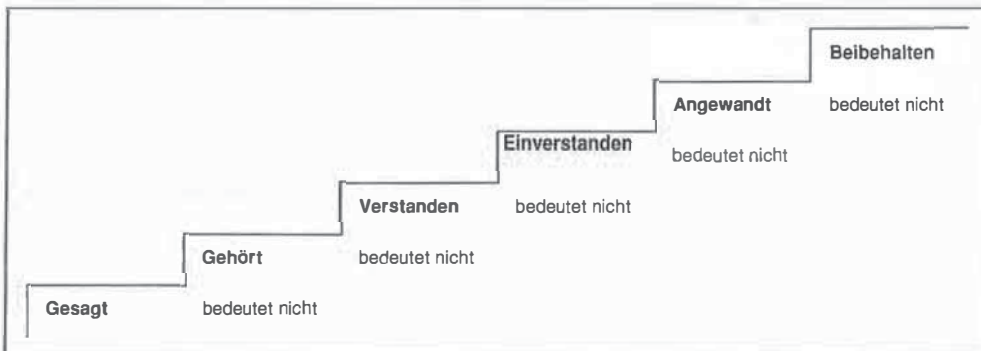


Abbildung 1

Stufenfolge von Kommunikation und Handeln (nach FREY 1991)

² Der Begriff „umweltgerecht“ wird im folgenden stets in diesem Sinne verwendet.

Tabelle 2

Einflussfaktoren auf die Stufenfolge von Kommunikation und Handeln. Die mit „X“ gekennzeichneten Faktoren sind auf der jeweiligen Stufe besonders zu berücksichtigen

	Gesagt	Gehört	Verstanden	Einverstanden	Angewandt	Beibehalten
Infrastrukturelle Einflussfaktoren						
Verhaltensrückmeldungen						X
Handlungsanreize und -möglichkeiten				X		X
Soziale Einflussfaktoren						
Soziales Umfeld, soziale Anerkennung				X		X
Soziale Dilemmata				X		X
Soziale Rolle			X	X		X
Individuelle Einflussfaktoren						
Verhaltensgewohnheiten					X	X
Denkgewohnheiten		X				
Wissen			X		X	
Nutzen	X			X		X
Alltag, Lebenszusammenhang	X			X		X
Interessen, Bedürfnisse	X		X	X		X
Kapazitäten (zeitlich, emotional, kognitiv)	X		X	X		X
Werte / Einstellungen	X			X		
Wahrnehmung	X		X			
Informationsaufnahme- und -abwehrstrategien	X		X		X	
Kommunikationsbedingte Einflussfaktoren						
Verhältnis Sender-Empfänger (Wer? Wem?)	X		X		X	
Art und Weise der Information (Wie?)	X		X		X	
Inhalt d. Information (Was?)	X		X		X	
Ort und Zeit der Information (Wo? Wann?)	X			X		

für die Analyse und Planung von Naturschutzvorhaben daraus abzuleiten.

Die Kommunikation: Von „Gesagt“ zu „Gehört“

Berücksichtigung individueller Wahrnehmungs- und Handlungsmuster

Individuelle Wahrnehmungs- und Handlungsmuster der Adressaten des Naturschutzes können häufig – zumindest kurzfristig – nicht verändert werden und müssen als gegeben hingenommen, daher aber um so stärker berücksichtigt werden. Die Faktoren **Alltag, Lebenszusammenhang** und **Kapazitäten** (zeitlich, emotional, kognitiv) verweisen darauf, dass umweltrelevante Verhaltensweisen und die Bereitschaft, sich mit Naturschutzfragen zu befassen, nicht isoliert betrachtet werden dürfen. Vielmehr sind sie immer in einen umfassenden Lebenszusammenhang eingebunden, innerhalb dessen sie aufgrund der beschränkten Kapazitäten jedes Menschen stets mit anderen Themen und Verhaltensanforderungen konkurrieren: mit den Anforderungen von Beruf, Familie, Freunden und Bekannten oder mit dem Bedürfnis nach Erholung und Freizeit.

Aufgrund dieses Konkurrenzverhältnisses ist es von vornherein zunächst eher unwahrscheinlich, dass eine Person ihre **Wahrnehmung** darauf richtet, was Naturschützer ihr sagen wollen: sei es, weil die Person naturschutzrelevante Nachrichten oder Medien nicht beachtet und Informationsveranstaltungen nicht besucht, dass sie den Kontakt mit Naturschützern generell meidet oder diesen, wenn Kontakt besteht, nicht ernsthaft zuhört – insbesondere wenn sie sich keinen **Nutzen** aus der Verwirklichung von Naturschutz-Zielen erwartet. Sogenannte **Informationsaufnahme** und **–abwehrstrategien** unterstützen das: Eine Person nimmt in der Regel bevorzugt solche Informationen wahr, die sie interessieren, die dem eigenen „Weltbild“ entsprechen und die eigenen (Vor-)Urteile bestätigen. Sie wird hingegen Informationen meiden und abwerten, die diesem Weltbild und den eigenen **Bedürfnissen** und **Interessen** widersprechen (ERNST et al. 1992). Hier spielen auch **Werte und Einstellungen** eine Rolle, die mit darüber entscheiden, welche Inhalte es überhaupt wert sind, beachtet zu werden.

Eine Checkliste zum Thema individueller Voraussetzungen des „Hörens“ von Naturschutz-Informationen müsste also unter anderem folgende Fragen enthalten:

1. Wie ist die prinzipielle Einstellung der Adressaten zu Naturschutzfragen – interessiert, offen, gleichgültig, negativ? Sind sie grundsätzlich bereit, sich mit Naturschutzfragen zu befassen?
2. Wie sehen Alltag und Lebenszusammenhang der Adressaten aus? Welche Rolle nehmen Naturschutzfragen darin ein? Bieten Alltag und Lebenszusammenhang Anknüpfungspunkte für Naturschutzstrategien?
3. Über welche zeitlichen, physischen, psychischen und kognitiven (geistigen) Kapazitäten verfügen

die Adressaten, um Informationen des Naturschutzes wahrzunehmen? Stellen diese Informationen eine Überforderung dar?

4. Von welchen Interessen, Bedürfnissen und Problemen werden die Kapazitäten der Adressaten in erster Linie beansprucht? Welche Aufmerksamkeit für Naturschutzfragen ist daher zu erwarten?
5. Über welche zeitlichen Möglichkeiten verfügen die Adressaten, an Veranstaltungen, Gesprächen, Ortsterminen usw. teilzunehmen? (z.B. wegen der Erntezeit in der Landwirtschaft, wegen Urlaubszeiten, oder sogar der Fußball Champions-League!)
6. Wie können Naturschützer Informationen so gestalten,
 - dass sie von den Adressaten überhaupt wahrgenommen werden – z.B. durch interessante grafische Gestaltung, Aufzeigen eines möglichen Nutzens oder überraschender Zusammenhänge etc.?
 - dass sie die Kapazitäten der Adressaten möglichst wenig beanspruchen und diese die Information leicht aufnehmen können?

Die Gestaltung der Kommunikation

Erfolgreiche Kommunikation ist keine Selbstverständlichkeit: „Aus kulturellen, gesellschaftlichen und subjektiven Wertungen und Interessen resultieren erst zu nehmende Verständigungsbarrieren ... Der Kommunikationserfolg hängt davon ab, daß die Inhalte der Kommunikation potentielle Verständigungsbarrieren berücksichtigen sowie Form und Technik der Kommunikation nach den jeweiligen Zielen ausgerichtet werden“ (KARGER 1995, S. 7). Dabei sind der Ablauf der Kommunikation und die Wahl von Kommunikationsstrategien „von der Antwort des Partners abhängig. Er soll ja dazu gebracht werden, so zu handeln, daß sich die Handlungsziele des Akteurs erfüllen. ... Die Regeln sozialen Umganges werden in diesem Sinne wie bei jeder Art Kommunikation vom Adressaten diktiert“ (EIBL-EIBESFELDT 1984, S. 634).

Deshalb sollten Naturschützer ihre Kommunikation zielgruppengerecht auf die jeweiligen Adressaten abstimmen. Zunächst entscheiden **Ort und Zeit** einer Information darüber, ob die Zielgruppe überhaupt erreicht wird: Landwirte lesen (in der Regel) keine Naturschutz-Fachzeitschriften, sondern eher das Landwirtschaftliche Wochenblatt, ältere Menschen werden über das Internet schwerer zu erreichen sein als jüngere, und das persönliche Gespräch gibt eine höhere Gewissheit darüber, dass eine Information ankommt als ein Massenbrief. Zudem muss der **Inhalt der Information** auf das Interesse des Adressaten stoßen oder es wecken können. Wendet man sich an Personen, die dem Naturschutz uninteressiert oder gar ablehnend gegenüber stehen, genügt es daher nicht, nur den „eigentlichen“ Inhalt darzustellen. Mit allerlei „Zutaten“, die die Adressaten interessieren könnten und ihnen einen Nutzen versprechen, müssen sie vielmehr erst neugierig gemacht werden – der Wurm muss dem Fisch schmecken, nicht dem Angler.

Hier sind nun **Art und Weise der Information** zu beachten. Erstens muss die „Sprache“ der Zielgruppe benutzt werden – Fachausdrücke oder akademischer Stil führen bei vielen Menschen dazu, dass sie nicht mehr zuhören und unter Umständen verärgert reagieren – und damit spätestens die beiden folgenden Stufen „Gehört-Verstanden“ und „Verstanden-Einverstanden“ nicht mehr nehmen (können). Das gilt in noch viel stärkerem Maße für den „angeschlagenen Ton“: Die Voraussetzungen für eine gelingende Kommunikation sind denkbar schlecht, sobald beim Empfänger der Eindruck entsteht, dass der Sender „von oben herab“ spricht und sich arrogant, besserwisserisch und überheblich verhält. Daraus folgende emotionale Belastungen des **Verhältnisses zwischen den Kommunikationspartnern** können dazu führen, dass eine Information unabhängig von ihrem Inhalt nicht mehr gehört wird, weil der Empfänger ja weiß (oder glaubt, zu wissen), was „aus dieser Ecke kommt“. Solche Belastungen können sich als „emotionale Altlasten“ auf den Erfolg zukünftiger Naturschutzvorhaben deutlich negativ auswirken (LUZ 1994).

Insofern ist es von hoher Bedeutung, wer etwas sagt, wer also der **Sender einer Information** ist: Glaubwürdigkeit, Sympathie und Vertrautheit sind entscheidende Elemente dafür, ob ein Mensch einem anderen sein Gehör schenkt. Eine besondere Rolle kommt hier der **sozialen Distanz** zwischen Sender und Empfänger zu: Haben sie eine ähnliche soziale und geographische Herkunft, sprechen sie eine ähnliche Sprache, verfügen sie über einen ähnlichen sozialen Status oder über eine ähnliche berufliche Erfahrung? Je mehr dieser Fragen mit Ja beantwortet werden können, um so besser: KAULE et al. (1994) erwähnen die Schlüsselposition, die Agrarberatern mit landwirtschaftlicher Ausbildung bei der erfolgreichen Umsetzung von Naturschutzvorhaben mit der Landwirtschaft zukommt und führen das auf die Akzeptanz zurück, die Landwirte den Agrarberatern entgegenbringen – im Gegensatz zum eher reservierten Verhältnis zu Landschaftsplanern oder Biologen. Aus diesem Grund können „Vermittler“, also von beiden Seiten akzeptierte Personen, eine wichtige Rolle für die Verwirklichung von Naturschutz-Zielen spielen: Sie verringern die soziale Distanz zwischen den Akteuren des Naturschutzes und ihren Adressaten. Hohe soziale Distanz hat zudem einen weiteren Nachteil: Die gegenseitige Kenntnis zwischen den Akteuren des Naturschutzes und ihren Adressaten ist gering und die subjektiven Wirklichkeitswahrnehmung in der Regel sehr unterschiedlich, die Gefahr aneinander vorbei zu reden entsprechend hoch.

Auch aus diesen Überlegungen lassen sich Fragen für die Planung von Naturschutzvorhaben ableiten:

1. Wie groß ist die soziale Distanz zwischen Akteuren und Adressaten des Naturschutzes? Können sich daraus Kommunikationshemmnisse ergeben: mangelnde gegenseitige Kenntnis, Vorurteile, unterschiedliche Sichtweisen und Werturteile, verschiedene „Sprachen“ usw.
2. Ist die Beziehung zwischen Akteuren und Adressaten des Naturschutzes aus früheren Erfahrungen emotional vorbelastet? Kann sich das auf die

aktuelle Kommunikation auswirken, z.B. indem man sich gegenseitig nicht (richtig) zuhört?

3. Vermittelt man den Adressaten, dass sie als Personen respektiert und als gleichberechtigte Kommunikationspartner anerkannt sind? Werden persönliche Angriffe und Vorhaltungen vermieden? Könnte das eigene Auftreten zu emotionaler Abwehr durch die Zielgruppe führen?
4. Ist die Informationsvermittlung adressatengerecht, anschaulich und verständlich (Ortsbegehungen, Besichtigung ähnlicher Projekte, verständliche Sprache etc.)?
5. Über welche Informationsträger können die Zielgruppen erreicht werden (Medien, Vereine, Verbände etc.)?
6. Ist die Einschaltung von Vermittlern zwischen Akteuren und Adressaten des Naturschutzes zur Verminderung bestehender Kommunikationsprobleme nötig oder hilfreich?
7. Welche Personen bzw. Institutionen sind als Vermittler geeignet? Wer ist Naturschutz-Zielen gegenüber aufgeschlossen und verfügt über hohen Bekanntheitsgrad, soziales Prestige und Glaubwürdigkeit bei der Zielgruppe?

Die Handlung: Von „Angewandt“ zu „Beibehalten“

Damit einmal gezeigte Handlungsweisen dauerhaft beibehalten werden und quasi in das alltägliche „Verhaltensrepertoire“ einer Person eingehen, sind wiederum die bereits angesprochenen verhaltensbestimmenden Faktoren „Alltag, Lebenszusammenhang“, „Persönlicher Nutzen“ und „Kapazitäten“ zu berücksichtigen, ebenso die **Verhaltensgewohnheiten** eines Menschen: Wenn die für den Erfolg des Naturschutzes erforderlichen Handlungsweisen diesen Gewohnheiten ähnlich sind und sich leicht in den bisherigen Alltagsablauf einordnen lassen, haben sie gute Chancen, angewandt und beibehalten zu werden. Darüber hinaus bekommen nun infrastrukturelle und soziale Bedingungen besonderes Gewicht.

Soziale Bedingungen umweltgerechten Handelns

Zunächst zu den sozialen Bedingungen, deren Bedeutung für umweltgerechtes Handeln daraus resultiert, dass „Zuhören“, „Verstehen“ und „Einverstanden-Sein“ weit weniger strengen sozialen Restriktionen unterliegen als das Handeln – also das Umsetzen gewonnener Einsichten in die Praxis. Menschen orientieren sich bei ihren Handlungen – mehr oder minder – immer auch daran, wie ihre Mitmenschen darauf reagieren. Je positiver die Mitmenschen eine Handlung beurteilen, etwa durch **soziale Anerkennung**, um so wahrscheinlicher ist es, dass eine Person diese Handlungsweise zeigt, je ablehnender die Reaktionen der Mitmenschen ausfallen, um so unwahrscheinlicher ist es. Für die Verwirklichung von Naturschutz-Zielen ist daher entscheidend, ob das **soziale Umfeld** das betreffende Handeln unterstützt, indifferent hinnimmt oder massiv ablehnt.

Bestimmt wird das nicht zuletzt von der **sozialen Rolle**, die eine Person innehat – und den damit verbundenen Verhaltensanforderungen: Ein Vertreter des Bauernverbands kann bzw. muss anders auftreten als ein einzelner Landwirt, ein Landrat anders als der Leiter der Bauabteilung und dieser anders als der Naturschutzreferent; der Ortsvorsitzende einer Partei anders als ein „einfaches“ Parteimitglied oder ein nicht parteigebundener Bürger. Jeder Mensch nimmt verschiedene sozialen Rollen ein, und mit jeder Rolle sind spezifische Handlungsfreiheiten und Handlungsbeschränkungen verbunden, die in Naturschutzstrategien berücksichtigt werden sollten. Zu beachten ist zudem, dass die an den Träger einer sozialen Rolle gerichteten Erwartungen sehr unterschiedlich sein können – die Akteure des Naturschutzes haben an einen Politiker andere Erwartungen als Wirtschaftsvertreter. Die Frage, die sich hier stellt lautet also: Wie gehen die Adressaten des Naturschutzes mit widersprüchlichen Rollenanforderungen um und an welchen Gruppen orientieren sie sich dabei am stärksten?

Soziale Dilemmata werden vor allem unter den Begriffen „Kollektivgutproblematik“ (OLSON 1968) und „Tragik der Allmende“ (HARDIN 1968) bzw. Allmende-Klemme (SPADA & OPWIS 1985, SCHAIBLE-RAPP 1993) diskutiert. Sie sind wohl eines der schwerwiegendsten Hemmnisse auf dem Weg zu einem umweltgerechten individuellen Verhalten. Soziale Dilemmata treten auf, wenn der kurzfristige individuelle Nutzen einer Handlung langfristig der Gemeinschaft schadet – oder andersherum ausgedrückt, wenn vom individuellen Aufwand einer umweltgerechten Handlungsweise zwar alle profitieren, der umweltgerecht Handelnde selbst aber keinen dem Aufwand entsprechenden individuellen Nutzen hat: An blütenreichen Streuwiesen können sich auch die erfreuen, die nichts zu ihrer Erhaltung beigetragen haben und von den positiven Wirkungen ökologischen Landbaus profitieren auch jene, die herkömmlich produzierte Nahrungsmittel kaufen. Erschwerend kommt hinzu, dass umweltgerechtes Verhalten des Einzelnen im Verhältnis zum Gesamtproblem häufig vernachlässigbar ist – ob eine einzelne Person mit dem Auto oder dem ÖPNV zum Einkaufen fährt, wirkt sich auf die Luftbelastung de facto nicht aus. Warum also umweltgerecht handeln, wenn die positiven Konsequenzen nicht spürbar sind und sich die Mitmenschen zudem weiterhin umweltschädigend verhalten? Da aber viele Menschen diese Überlegung anstellen und sich entsprechend verhalten, halten sie sich dadurch auch gegenseitig in umweltschädigendem Verhalten gefangen.

Infrastrukturelle Bedingungen umweltgerechten Handelns

Selbstverständlich wird es immer einzelne Menschen geben, die solche Mechanismen aus einem besonderen Verantwortungsgefühl und ihren Überzeugungen heraus überwinden – oft allerdings auch nur dort, wo es ihnen persönlich nicht „weh tut“ (PREISENDÖRFER 1993). Die meisten Menschen aber sind kaum bereit, erhebliche Verhaltensschwernisse in Kauf zu nehmen, wenn deren **Nutzen** nicht sichtbar wird. Um breite Bevölkerungsschichten zu einem umweltgerechten Handeln im

Rahmen sozialer Dilemmata zu bewegen, müssen daher **Handlungsanreize** geschaffen werden, die einer Person einen individuellen Nutzen bringen – finanziell, verhaltensökonomisch, psychisch, sozial oder zeitlich. Handlungsanreize stellen somit **Verhaltensrückmeldungen** dar – die Person merkt unmittelbar, dass es „etwas bringt“, umweltgerecht zu handeln (vgl. u.a. DIERKES & FIETKAU 1988). Solche durch Handlungsanreize „künstlich geschaffenen“ Verhaltensrückmeldungen sind vor allem wichtig, wenn keine unmittelbaren „natürlichen“ Verhaltensrückmeldungen gegeben sind – wenn also die Auswirkungen umweltgerechten bzw. umweltschädigenden Handelns „in der Natur“ nicht (sofort) sichtbar werden. Denn die Wahrnehmbarkeit der Folgen eigener Handlungen sowie die gedankliche Vorwegnahme positiver oder negativer Rückmeldungen beeinflussen handlungsrelevante Entscheidungen erheblich: „So verhängnisvoll es ist, wenn Menschen sich die Erfahrung der Konsequenzen ihres zerstörerischen Tuns ... vom Halse schaffen können, so ist es nicht minder verhängnisvoll, wenn sie um die Erfahrung der Wirkung ihres konstruktiven Tuns gebracht werden“ (GRONEMEYER 1976, S. 49). Dass für umweltgerechte Handlungsweisen auch entsprechende **Handlungsmöglichkeiten** gegeben sein müssen, bedarf kaum der Erwähnung – manche Pläne der Deutschen Bahn AG zu Streckenstilllegungen werden selbst die besten Vorsätze, auf das Auto zu verzichten, zur Makulatur werden lassen.

Aus der Berücksichtigung solcher – hier nur sehr verkürzt dargestellter – sozial- und verhaltenswissenschaftlicher Befunde lassen sich unter anderem folgende Fragen ableiten:

1. Haben wir es mit sozialen Dilemma-Situationen zu tun? Erfordert umweltgerechtes Verhalten einen hohen individuellen Aufwand, dessen Wirksamkeit für die Erreichung des jeweiligen Naturschutz-Ziels aber nur gering ist, erst langfristig wirksam wird und zudem auch jenen zugute kommt, die nichts dazu beitragen?
2. Welche Handlungsangebote, Handlungsanreize und Verhaltensrückmeldungen gibt es, um negative Effekte sozialer Dilemmata für umweltgerechtes Handeln weitgehend auszuschalten? Welche verhaltensbestimmenden Motive der Adressaten müssen hierzu angesprochen werden (Bedürfnisse, Interessen, Gewohnheiten etc.)?
3. Welche Form von Handlungsanreizen ist geeignet: finanziell-materielle, verhaltensökonomische, zeitliche, psychische, soziale? Sind alle Möglichkeiten ausgeschöpft?
4. Begünstigen bestehende Handlungsangebote und Handlungsanreize umweltschädigende Verhaltensweisen, die dem jeweiligen Naturschutz-Ziel zuwider laufen?
5. Wird der Nutzen der angestrebten umweltgerechten Handlungsweise durch positive und kurzfristig wirksame Verhaltensrückmeldungen deutlich?

Beispielhaft – und aufgrund der räumlichen Begrenzung nicht in der möglichen Tiefe – wurde anhand einiger Voraussetzungen individuellen Verhaltens einige Elemente eines Fragenkatalogs zur Entwicklung von Naturschutzstrategien dargestellt. In gleicher Weise lassen sich Fragen für alle Einflussfaktoren umweltrelevanten menschlichen Verhaltens erstellen, ebenso für das Handeln kollektiver Akteure und für die Mechanismen gesellschaftlicher Funktionssysteme (ausführlich HEILAND 1999). Dass solche Fragen auch in der Praxis einsetzbar sind, soll nun anhand eines praktischen Beispiels erläutert werden.

3. Fragenkataloge zur Entwicklung von Naturschutzstrategien – die Praxis

Meldung von FFH- und Vogelschutz-Gebieten in Bayern

Wie alle Bundesländer war auch Bayern gefordert, über die Bundesregierung jene Gebiete an die EU-Kommission zu melden, die für das europäische Biotopverbund-Netz „Natura 2000“ gemäß der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (Richtlinie 92/43/EWG) und der Vogelschutz-Richtlinie (Richtlinie 79/409/EWG) in Frage kommen. Obwohl die FFH-Richtlinie ausschließlich fachliche Kriterien für die Benennung der zu meldenden Gebiete vorsieht, hat sich die Bayerische Staatsregierung dazu entschlossen, die nach einem interministeriellen Abstimmungs- und Auswahlverfahren zur Meldung vorgesehenen Gebiete der Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen. In einem drei Monate dauernden „Dialogverfahren“ zwischen März und Juni 2000 hatten alle gesellschaftlichen Gruppen und deren Vertreter die Möglichkeit, ihre von Gebietsmeldungen betroffenen Interessen darzulegen. Kommunen, Verbände, Kirchen etc. und nicht zuletzt die Bürger und betroffenen Grundeigentümer konnten sowohl die Herausnahme als auch die Neu-Aufnahme von Flächen in die Gebietsmeldung beantragen³.

Ansprechpartner im Dialogverfahren waren zunächst die unteren Naturschutzbehörden in den Landkreisen bzw. kreisfreien Städten, die in Einzelfällen von den höheren Naturschutzbehörden unterstützt werden konnten. Die höheren Naturschutzbehörden waren zudem für das Dialogverfahren auf Regierungsbezirksebene zuständig. Bereits im Vorfeld des Dialogverfahrens hatte die vorgesehene Gebietsmeldung für viel Aufregung bei Verbänden, Kommunen und Grundeigentümern gesorgt, die FFH-Richtlinie war zu einem politisch umstrittenen und „brisanten“ Thema geworden.

Vor diesem Hintergrund führte die ANL gemeinsam mit der B.A.U.M. Consult GmbH (Bundesdeutscher Arbeitskreis für umweltbewusstes Management) und dem Institut Kiefer Workshops durch, in denen die Naturschutzbehörden auf das Dialogverfahren vorbereitet wurden. Dabei sollte es nicht nur um die Vermittlung der rechtlichen und fachlichen Inhalte gehen, sondern auch um die Vorbereitung auf den Dialog mit den Akteuren auf kommunaler Ebene.

Ein herkömmliches „Kommunikationstraining“ schien hier aus mehreren Gründen nicht angebracht. Erstens hatten viele Naturschutzfachkräfte ein solches Training bei der ANL bereits durchlaufen, zweitens ließ es die knapp eineinhalbtägige Dauer der Workshops zeitlich nicht zu, drittens konnte es nicht darum gehen, den Vertretern der Naturschutzbehörden, die oft über langjährige Erfahrungen im Umgang mit unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen verfügen, nun beizubringen, wie sie das zu tun hätten.

Analyse der Dialogpartner

Ein zentrales Element der Workshops bildete daher die sogenannte Dialogpartner-Analyse, die auf den oben dargestellten Überlegungen aufbaute. Dabei wurden zunächst folgende Fragen gestellt:

1. Welche Akteure (bzw. Akteursgruppen) werden sich am Dialogverfahren in erster Linie beteiligen?
2. Welche Interessen haben bzw. vertreten diese Akteure und Akteursgruppen?
3. Welche Einwände sind von diesen Akteuren gegen Gebietsmeldungen und das gewählte Vorgehen zu erwarten?
4. Wie lassen sich diese Einwände entkräften?
5. Welche Erfahrungen haben Akteure mit „dem Naturschutz“ bisher gemacht? Sind diese Erfahrungen positiv oder negativ? Bestehen „emotionale Altlasten“?
6. Welche Rahmenbedingungen und äußeren Einflüsse wirken auf die Akteure hinsichtlich des Dialogverfahrens? (z.B. Stellungnahmen der eigenen Interessenverbände, Zeitungsberichte etc.)
7. Was sind wichtige Informationsquellen der Akteure, welche Medien nutzen sie?
8. Welche Allianzen könnten die Akteure untereinander „pro“ oder „contra“ Gebietsmeldung eingehen?

Aus der Beantwortung dieser Fragen sollten schließlich mögliche Argumente und Vorgehensweisen der Naturschutzbehörden entwickelt werden. Als wichtigste Akteure wurden die Gemeinden mit den Bürgermeistern und der Verwaltung, die anderen Abteilungen im Landratsamt, der Kreistag mit Umweltausschuss, Fachbehörden wie das Amt für Landwirtschaft oder die Forstämter, der Bauernverband, die Grundeigentümer (v.a. Land- und Forstwirte), schließlich der Naturschutzbeirat und die Naturschutzverbände genannt. Darauf aufbauend überlegten die Teilnehmer der Workshops, bei welchen Gelegenheiten sie auf diese Akteure treffen würden: z.B. bei Veranstaltungen für ausgewählte Gruppen im Landratsamt, als Gastredner bei Veranstaltungen der Interessensverbände oder bei Ortsterminen in der Flur. Auf solche und andere Si-

³ Die Frage, wie dieses Vorgehen politisch, rechtlich und naturschutz-strategisch zu werten ist, ist umstritten und soll hier nicht diskutiert werden.

tuationen bereiteten sie sich anschließend in Kleingruppen vor und bezogen hierfür die in der Dialogpartner-Analyse erarbeiteten Kenntnisse ein. Dabei ging es nicht nur darum, zu sagen, „was man dann sagen würde“, sondern es zu tun: Die Teilnehmer hielten also Begrüßungsreden und Statements – oder spielten Gespräche zwischen Naturschutzbehörden und betroffenen Grundeigentümern, Bürgermeistern oder Verbandsvertretern durch.

Dieses Sich-Versetzen in die „Echt-Situation“ war hilfreich, weil sich die Naturschutzbehörden dabei nicht nur auf die sachliche Argumentation vorbereiteten, sondern neben der „Sachebene“ auch die „Beziehungsebene“ behandelt werden konnte – der für eine erfolgreiche Kommunikation eine ganz entscheidende Bedeutung zukommt (WATZLAWICK et al. 1969, SCHULZ VON THUN 1996). Nur durch die reale Vorwegnahme von Situationen ließen sich die Verhaltensweisen beobachten und reflektieren, die dabei eine Rolle spielen: z.B. Körpersprache, sicheres Auftreten, Eingehen auf die Situation des Gegenübers oder Aufgreifen seiner Argumente. In den Gesprächssituationen nahm eine Kleingruppe die Rolle der Dialogpartner ein, eine andere die Rolle der Naturschutzbehörden. Besonders wichtig war hier die Bereitschaft, einen „Perspektivenwechsel“ zu vollziehen und sich in die Lage der Dialogpartner zu versetzen: um sie besser zu verstehen, aber auch um selbst besser auf den Dialog vorbereitet zu sein und ihn erfolgreicher führen zu können.

Trotz mancher Vorbehalte stieß diese – oft unerwartete – Art der Vorbereitung auf das Dialogverfahren auf insgesamt positive Resonanz in den Workshops. Ob dieses Vorgehen auch für die Praxis hilfreich war, kann bisher nicht abschließend beurteilt werden. Hier wäre eine Evaluation wünschenswert, die unter anderem zeigen könnte, welche Fragestellungen von besonderem Wert waren, welche vernachlässigt werden können oder welche noch hätten behandelt werden sollen.

4. Fazit und Ausblick

Sowohl theoretische Überlegungen als auch praktische Erfahrungen sprechen dafür, Naturschutzvorhaben strategisch vorzubereiten und sich dabei nicht nur Gedanken über die eigenen Ziele zu machen, sondern auch über die Handlungsvoraussetzungen der jeweiligen Zielgruppen.

Die Entwicklung des hier in Ansätzen vorgestellten und angedachten Fragenkatalogs kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten, da er Naturschützern hilft, den kommunikativen, sozialen und politischen „Teil“ von Naturschutzvorhaben erfolgreich(er) zu bewältigen. Längerfristig können solche Fragenkataloge Bestandteil eines „Instrumentenkastens“ zur Strategieentwicklung im Naturschutz werden, der amtliche und verbandliche Naturschützer in die Lage versetzt, wesentliche Erfolgsfaktoren des jeweiligen Vorhabens zu identifizieren – oder aber den Schluss zu ziehen, dass ein Vorhaben unter den gegebenen Bedingungen nicht zu verwirklichen ist. Fragenkataloge bzw. Instrumentenkästen stellen also keine Garantie für den Erfolg von Naturschutzvorhaben dar, verbessern

aber die Chancen dafür oder zeigen auf, welche Chancen überhaupt bestehen. Damit stellen sie zugleich eine Hilfe zur Auswahl derjenigen Naturschutzvorhaben dar, in die personelle und finanzielle Mittel bevorzugt fließen sollten.

Ein solches Vorgehen würde auch dem immer häufiger geäußerten Anspruch Rechnung tragen, soziale und kommunikative Kenntnisse und Fähigkeiten stärker in den Naturschutz einzubringen. Erste Ansätze existieren: Bundesamt für Naturschutz und Bundesumweltministerium erstellen derzeit einen „Projekte-Check“ für Naturschutzgroßprojekte; in Bayern wird gerade ein Leitfaden zur effektiven Umsetzung von Landschaftsplänen entwickelt und erprobt (LUZ et al. 2000); auch die Dissertation des Verfassers enthält ausführliche weitere Hinweise (HEILAND 1999). Dennoch: Der genannte Anspruch wird ohne zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen für die „humane Dimension“ des Naturschutzes nicht zu verwirklichen sein – und davon ist, von einigen Ausnahmen abgesehen, bisher weder im amtlichen noch im verbandlichen Naturschutz viel zu spüren.

Literatur

Beirat für Naturschutz und Landschaftspflege beim BMU (1995): Zur Akzeptanz und Durchsetzbarkeit des Naturschutzes. In: *Natur und Landschaft*, 70. Jg., Heft 2, S. 51-61.

DIERKES, M.; H.-J. FIETKAU (1988): *Umweltbewußtsein - Umweltverhalten. Materialien zur Umweltforschung* herausgegeben vom Rat von Sachverständigen für Umweltfragen. Stuttgart, Berlin, Köln.

DORSCH, F. (1994): *Psychologisches Wörterbuch*. Hrsg. von F. Dorsch. 12. Auflage. Bern, Göttingen, Toronto, Seattle. Eibl-Eibesfeldt, I. (1984): *Die Biologie des menschlichen Verhaltens. Grundriß der Humanethologie*. München, Zürich.

ERNST, A.; U. Bayen, H. Spada (1992): *Informationssuche und -verarbeitung zur Entscheidungsfindung bei einem ökologischen Problem*. In: Pawlik, R., K.H. Stapf (Hrsg.): *Umwelt und Verhalten*. Bern. S. 107-127.

FREY, D. (1991): *Der Beitrag der Sozialpsychologie zur Lösung der Umweltproblematik - Eine allgemeine Einschätzung*. Universität Kiel, Unveröffentlichtes Typoskript.

GEISLER, E. (1995): *Grenzen und Perspektiven der Landschaftsplanung. Anforderungen an eine Disziplin mit Moderatorenfunktion*. In: *Naturschutz und Landschaftsplanung* 27, (3), S. 89-92.

GRONEMEYER, M. (1976): *Motivation und politisches Handeln. Grundkategorien politischer Psychologie*. Hamburg.

HARDIN, G. (1970): *Die Tragik der Allmende*. In: M. Lohmann (Hrsg.): *Gefährdete Zukunft*. S. 30-48. München.

HEILAND, S. (1999): *Voraussetzungen erfolgreichen Naturschutzes. Individuelle und gesellschaftliche Bedingungen umweltgerechten Verhaltens, ihre Bedeutung für den Naturschutz und die Durchsetzbarkeit seiner Ziele*

- (2000):
Sozialwissenschaftliche Dimensionen des Naturschutzes. Zur Bedeutung individueller und gesellschaftlicher Prozesse für die Naturschutzpraxis. In: Natur und Landschaft 75. Jg. (2000) Heft 6: 242-249
- KARGER, C.R. (1995):
Naturschutz in der Kommunikationskrise? Arbeiten zur Risiko-Kommunikation, Heft 53. Jülich, Oktober 1995. Programmgruppe Mensch, Umwelt, Technik (MUT), Forschungszentrum Jülich GmbH.
- KAULE, G.; G. Endruweit, G. Weinschenck (1994):
Landschaftsplanung, umsetzungsorientiert! Angewandte Landschaftsökologie Heft 2. Bonn-Bad Godesberg.
- LUZ, F. (1994):
Zur Akzeptanz landschaftsplanerischer Projekte. Frankfurt/Main.
- LUZ, F.; R. Luz, M. Schreiner (2000):
Landschaftsplanung effektiver in die Tat umsetzen. Entwicklung eines Leitfadens für bayerische Gemeinden. In: Naturschutz und Landschaftsplanung 32, (6), 2000, S. 176-181.
- NATURSCHUTZBUND DEUTSCHLAND (1995):
NABU-Grünbuch zum 2. Europäischen Naturschutzjahr 1995. Kritische Bilanz, Ausblick und Forderungen für Deutschland. Bonn.
- OLSON, M. (1968):
Die Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen. Tübingen.
- OPPERMANN, B., F. Luz, G. Kaule (1997):
Der „Runde Tisch“ als Mittel zur Umsetzung der Landschaftsplanung. Angewandte Landschaftsökologie Heft 11. Bonn-Bad Godesberg.
- PREISENDORFER, P. (1993):
Der Bequemlichkeit erlegen. Die Diskrepanz zwischen Umweltbewußtsein und Umweltverhalten. In: Politische Ökologie 33, Special, S. 48-51.
- Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (1987):
Umweltgutachten 1987. Stuttgart, Mainz.
- Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (1994):
Umweltgutachten 1994. Für eine dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung. Stuttgart.
- Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (1996):
Umweltgutachten 1996. Zur Umsetzung einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung. Stuttgart.
- SCHAIBLE-RAPP, A. (1993):
Das Entsorgungsproblem. In: Schahn & Giesinger (Hrsg.): Psychologie für den Umweltschutz. Weinheim. S. 103-122.
- SCHULZ VON THUN, F. (1996):
Miteinander reden 1. Störungen und Klärungen. Allgemeine Psychologie der Kommunikation. Reinbek bei Hamburg.
- SPADA, H.; K. Opwis (1985):
Ökologisches Handeln im Konflikt: Die Allmende-Klemme. In: Day P., U. Fuhrer, U. Laucken (Hrsg.) (1985): Umwelt und Handeln. Tübingen. S.63-85
- WATZLAWICK, P.; J.H. Beavin, D.D. Jackson (1969):
Menschliche Kommunikation. Formen, Störungen, Paradoxien. Bern, Stuttgart, Wien.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Stefan Heiland,
B.A.U.M. Consult GmbH,
Schwere-Reiter-Str. 35/17
D-80797 München,
E-mail: s.heiland@t-online.de

Berichte der ANL 24 (2000)

Herausgeber:

Bayerische Akademie für Naturschutz
und Landschaftspflege (ANL)

Seethaler Str. 6

D - 83406 Laufen

Telefon: 086 82 / 89 63 - 0

Telefax: 086 82 / 89 63 - 17 (Verwaltung)

086 82 / 89 63 - 16 (Fachbereiche)

E-Mail: poststelle@anl.bayern.de

Internet: <http://www.anl.de>

Die Bayerische Akademie für Naturschutz
und Landschaftspflege ist eine dem
Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums
für Landesentwicklung und Umweltfragen
angehörnde Einrichtung.

Schriftleitung und Redaktion:

Dr. Notker Mallach, ANL

Für die Einzelbeiträge zeichnen die
jeweiligen Autoren verantwortlich.

Die Herstellung von Vervielfältigungen
– auch auszugsweise –
aus den Veröffentlichungen der
Bayerischen Akademie für Naturschutz
und Landschaftspflege sowie deren
Benutzung zur Herstellung anderer
Veröffentlichungen bedürfen der
schriftlichen Genehmigung unseres Hauses.

Erscheinungsweise:

Einmal jährlich

Dieser Bericht erscheint verspätet
im Dezember 2001

Bezugsbedingungen:

Siehe Publikationsliste am Ende des Heftes

Satz, Druck und Bindung:

Lippl Druckservice, 84529 Tittmoning

Druck auf Recyclingpapier (100% Altpapier)

ISSN 0344-6042

ISBN 3-931175-61-8